

125307-2024 - Wettbewerb

**Deutschland – IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung – :
Werkvertrag mit Dienstleistungskomponenten: Migration Mainframe zu Server, Umstellung
bestehender Adabas-Datenbanken in PostgreSQL und NATURAL Sourcecode nach Java
OJ S 43/2024 29/02/2024**

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für
Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg

E-Mail: vergabestelle@lbv.bwl.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: : Werkvertrag mit Dienstleistungskomponenten: Migration Mainframe zu Server,
Umstellung bestehender Adabas-Datenbanken in PostgreSQL und NATURAL Sourcecode
nach Java

Beschreibung: Als Landesoberbehörde ist das Landesamt für Besoldung und Versorgung
(kurz: LBV) zuständig für die Zahlung von Gehältern, Versorgungsbezügen und Zuschüssen
zu den Krankheitskosten (Beihilfe) an ca. 450.000 Beamte, Ruhestandsbeamte und
Arbeitnehmer des Landes Baden-Württemberg sowie Entschädigungsleistungen an Opfer der
nationalsozialistischen Verfolgung. Ebenso bearbeitet das LBV Heilfürsorgeangelegenheiten
der heilfürsorgeberechtigten Beamten des Polizeivollzugsdienstes, des technischen Dienstes
der Landesfeuerwehrschule, des Vollzugs- und Werkdienstes im Justizvollzug sowie des
Abschiebungshaftvollzugsdienstes. Jährlich bearbeitet das LBV rund 1,8 Millionen
Beihilfeanträge mit einem Erstattungsvolumen von rund 1,63 Milliarden EUR. Die
Gesamtausgaben für Bezüge belaufen sich pro Jahr auf 18,8 Milliarden EUR und für
Entschädigungsleistungen auf rund 7,6 Millionen EUR. Das LBV ist für die Abrechnung und
Auszahlung von Reise- und Umzugskosten einschließlich Trennungsgeld für viele Bereiche
der Landesverwaltung zuständig. Jährlich werden ca. 480.000 Dienstreisen abgerechnet. Als
moderne Dienstleistungsbehörde hat das LBV Steuerungselemente wie Controlling,
Qualitätsmanagement, Innenrevision sowie Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Die
vom LBV entwickelten dialogisierten Abrechnungsverfahren unterstützen das LBV bei seinen
vielfältigen Aufgaben und umfassen folgende Verfahren: - DIPSY

(Personalverwaltungssystem) - DAISY (Abrechnungsverfahren bestehend aus DAISY-UI,
DAISY-Abrechnung und Erstfestsetzung) - BABSY (Beihilfe bestehend aus BABSY-GUI und
BABSY- Abrechnung/Heilfürsorgeabrechnung) - DRIVE (Reisekosten bestehend aus DRIVE-
BW und DRIVE- SWING) Die hierfür erforderlichen Systeme befinden sich zum Zeitpunkt der
Umstellung in einer IBM-Großrechnerumgebung der IBM z-Serie, Modell z16 (Mainframe),
bzw. vereinzelt auf dezentralen Serversystemen. Der System- und Applikationsbetrieb ist
derzeit beim Landeszentrum für Datenverarbeitung (LZfD), einer Abteilung der
Oberfinanzdirektion Karlsruhe, angesiedelt. Als Datenbanksystem für die genannten Verfahren

nutzt das LBV derzeit Adabas der Firma Software AG; als Programmiersprachen verwendet das LBV derzeit Natural im Datenbankumfeld sowie COBOL im Batchbereich. Das LBV nimmt darüber hinaus hinsichtlich der oben genannten Bereiche auch Entwicklungen für das Saarland (nur DIPSY und DAISY) vor. Hier sind die entsprechenden Passagen im Rahmen einer Mandantenfähigkeit abgebildet. Der technische Betrieb für das Saarland erfolgt durch das LZfD. Im Bereich der Natural-Programme gibt es i.d.R. keine separaten Programme.

Kennung des Verfahrens: 4a687a0d-5e7a-47d1-b51b-bf1995671474

Interne Kennung: 4465-100

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg Philipp-Reis-Str. 2

Stadt: Fellbach

Postleitzahl: 70736

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXR6YRHYHWU Die wichtigsten Merkmale des Verfahrens: 1. Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über den Vergabemarktplatz Baden-Württemberg abgewickelt. Sämtliche Kommunikation mit den Bietern verläuft ausschließlich über die Vergabepattform. 2. Mit dem Teilnahmeantrag ist für die Verfahrensdauer eine verantwortliche, deutschsprachige Ansprechperson nebst Kontaktdaten (Name, Anschrift, Tel., E-Mail) zu benennen. 3. Bei Bewerbungsgemeinschaften (BG) sollen alle Mitglieder der BG jeweils die Eignungsnachweise einreichen, soweit unter "Bedingungen" nicht ausdrücklich abweichend vorgegeben. Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages möglich. Die Angaben zur Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe von Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter möglich. Hierzu ist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Vollmacht mittels einer Bewerbungsgemeinschaftserklärung vorzulegen. Außerdem haben sämtliche Mitglieder der BG namentlich mit Anschrift einen bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren sowie den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, diese Angaben nachzufordern. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. BG nutzen für ihre Bewerbungsgemeinschaftserklärung möglichst den Vordruck, der ihnen über die Vergabepattform zur Verfügung gestellt wird. 4. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 47 VgV genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bieter auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, ist mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers einzureichen, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt. 5. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt das eigentliche

Verhandlungsverfahren. Die Bieter werden aufgefordert, auf Grundlage der Vergabeunterlagen ein erstes indikatives Angebot abzugeben. Der Auftraggeber wird die indikativen Angebote nicht werten, jedoch auf Vollständigkeit prüfen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, unvollständige Angebote auszuschließen und so den Bieterkreis zu reduzieren sowie Unterlagen nachzufordern. Der Auftraggeber wird mit den Bietern über deren erste Angebote verhandeln. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze überarbeiten und präzisieren. Anschließend müssen die Bieter ihre letztverbindlichen Angebote abgeben. Der Auftraggeber behält sich vor, vor dem Aufruf zur Abgabe letztverbindlicher Angebote weitere Verhandlungs- und Angebotsrunden durchzuführen. Sämtliche Anpassungen am Verfahrensablauf werden den Bietern mit ausreichend zeitlichem Vorlauf mitgeteilt. Gegenwärtig geht der Auftraggeber von mindestens zwei Verhandlungsrunden aus. 6. Beabsichtigt ein Bieter bereits bei Angebotsabgabe, für wesentliche Hauptleistungen Drittunternehmen vorzusehen, so ist das Drittunternehmen im Angebot zu benennen und Art und Umfang der für den Dritten vorgesehenen Leistungen zu bezeichnen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind für die Drittunternehmen die in der Bekanntmachung geforderten Nachweise, Erklärungen und Angaben einzureichen. Der Auftraggeber kann dieses Verlangen auf bestimmte Nachweise, Erklärungen und Angaben sowie auf einzelne Drittunternehmen beschränken. 7. Der Auftraggeber wird den Vorgaben in § 41 VgV dadurch nachkommen, dass er auf dem Vergabemarktplatz den derzeit vorhandenen Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung stellt. Da der Auftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, erfüllt dies die Anforderungen des § 41 VgV. Ziel des Verhandlungsverfahrens ist es, die Anforderungen an die Leistung und den Vertrag mit den Bietern gemeinsam zu konkretisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen deshalb noch nicht alle Unterlagen fest. 8. Die Bewerber nutzen für Ihren Teilnahmeantrag möglichst die Vordrucke, die ihnen über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Der Bieter muss Angebote für alle Lose einreichen

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative

Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Werkvertrag mit Dienstleistungskomponenten: Migration Mainframe zu Server, Umstellung bestehender Adabas-Datenbanken in PostgreSQL und NATURAL Sourcecode nach Java

Beschreibung: Ziel der ausgeschriebenen Leistungen ist, die bisher auf dem IBM-Mainframe laufenden, oben aufgeführten Verfahren samt den zugehörigen systemtechnischen Applikationen, die Daten, die Prozessablaufskripte sowie die verwendeten Schnittstellen auf eine Linux basierte VM-Umgebung anzupassen, zu transferieren und in den laufenden Betrieb zu übernehmen. Dies umfasst auch die für das Saarland entwickelten Programme inkl. Daten. Die Migration ist dabei primär technisch ausgerichtet. Aus Sicht der Anwender der Verfahren darf sich deren Funktionalität und Bedienung nicht ändern. Der technische Betrieb der Serverumgebung wird im Eigenbetrieb durch den AG erfolgen. Die Durchführung der für die Migration erforderlichen Tätigkeiten hat im Rahmen eines Projekts zu erfolgen. Wegen der Einzelheiten hierzu verweist der Auftraggeber auf die Vergabeunterlagen.

Interne Kennung: 1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg Philipp-Reis-Str. 2

Stadt: Fellbach

Postleitzahl: 70736

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber wählt die Bewerber in einem mehrstufigen Verfahren aus: 1. Formelle Prüfung des Teilnahmeantrages. 2. Überprüfung des Bewerbers anhand seiner Eignung. Maßgeblich für die Bewertung der Eignung sind die Leistungsfähigkeit (wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit), sowie die Fachkunde (technische und berufliche Leistungsfähigkeit). 3. Bei mehr als 5 geeigneten Bewerbern wird der Auftraggeber die Bewerber in einem relativen Vergleich der von den Bewerbern eingereichten Referenzen zu vergleichbaren Projekten zueinander bewerten. Der Auftraggeber wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auffordern, deren Referenzen am besten und passendsten sind.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit ihrem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Nachweise in deutscher Sprache vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind. b) Eigenerklärung, dass der Bewerber nicht mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 (zweitausendfünfhundert) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG belegt worden ist. c) Eigenerklärung, dass weder der Bewerber noch seine Vertretungsberechtigten nach den in § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit genannten Vorschriften zu einer Strafe verurteilt oder mit einem Bußgeld belegt wurden und dass ein solches Straf- oder Bußgeldverfahren gegen sie auch nicht anhängig ist. d) Eigenerklärung, in welcher der Bewerber bestätigt, dass weder sein Unternehmen noch Mehrheitsanteilseigner oder Gesellschafter, noch eine Mutter- oder Tochtergesellschaft auf einer der in den Anlagen zu den Verordnungen 881/2002 und 2580/2001 sowie der Anlage des Standpunktes des Rates 2001/931/GASP befindlichen Terrorlisten erscheint. e) Eigenerklärung, in welcher der Bewerber bestätigt, nicht zu den in Art. 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023 /1214 des Rates vom 23. Juni 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen

Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, zu gehören. f) Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle oder ein vergleichbares Register des Herkunftslandes).

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber sollen möglichst die folgenden Nachweise in deutscher Sprache vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung / Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit besteht; die Deckungssumme beträgt mindestens das 1,5-fache des Auftragswerts. b) Eigenerklärung über die in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren erwirtschafteten Gesamtumsätze sowie über die in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erwirtschafteten Umsätze mit Leistungen, die mit dem ausgeschriebenen Auftragsgegenstand vergleichbar sind.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber sollen möglichst den folgenden Nachweis in deutscher Sprache vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung zu der Anzahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich in den abgefragten Leistungsbereichen beschäftigten Arbeitskräfte (eigenes Personal).

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Bewerber sollen möglichst die folgenden Nachweise in deutscher Sprache vorlegen (Bewerbergemeinschaften werden als Ganzes betrachtet): b) Angabe von maximal 5 Referenzen aus den letzten 3 Jahren, die mit dem Projekt und den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, möglichst unter Angabe des genauen Auftrags, der Auftragssumme, des Auftraggebers nebst Ansprechperson, der Leistungsart und der Leistungszeiträume sowie eine Erläuterung, warum die Referenzen aus Sicht des Bewerbers mit diesem Projekt und den hier abgefragten Leistungen (vgl. "Auftragsgegenstand") vergleichbar sind. Daraus sollte sich ergeben, dass der Bewerber belastbare Erfahrungen im Bereich Migration Mainframe zu Server, im Bereich Änderung bestehender ADABAS-Datenbanken auf PostgreSQL Opensource Datenbanken und im Bereich Umstellung von Natural Sourcecode nach Java sowie in der öffentlichen Verwaltung eines Bundeslandes oder des Bundes bzw. bei Körperschaften des öffentlichen Rechts hat. Die Bieter dürfen auch Referenzen vorlegen, die mehr als 3 und bis zu 5 Jahre zurückliegen. Der Auftraggeber wird diese berücksichtigen, soweit dies erforderlich ist, um ausreichend Wettbewerb sicherzustellen. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Höchstanzahl erfolgreicher Angebote: 5

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Ausschlussgründe: Rein nationale Ausschlussgründe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: a) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind. b)

Eigenerklärung, dass der Bewerber nicht mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 (zweitausendfünfhundert) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG belegt worden ist. c) Eigenerklärung, dass weder der Bewerber noch seine Vertretungsberechtigten nach den in § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit genannten Vorschriften zu einer Strafe verurteilt oder mit einem Bußgeld belegt wurden und dass ein solches Straf- oder Bußgeldverfahren gegen sie auch nicht anhängig ist. d) Eigenerklärung, in welcher der Bewerber bestätigt, dass weder sein Unternehmen noch Mehrheitsanteilseigner oder Gesellschafter, noch eine Mutter- oder Tochtergesellschaft auf einer der in den Anlagen zu den Verordnungen 881/2002 und 2580/2001 sowie der Anlage des Standpunktes des Rates 2001/931/GASP befindlichen Terrorlisten erscheint. e) Eigenerklärung, in welcher der Bewerber bestätigt, nicht zu den in Art. 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, zu gehören.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YRHYHWU/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YRHYHWU>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://ausschreibungen.landbw.de/Satellite/notice/CXR6YRHYHWU>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/04/2024 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 56 VgV nachzufordern. Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: siehe Auftrags-/Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB verwiesen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10 Kalendertagen nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat beim Auftraggeber zu rügen. Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist bei dem Auftraggeber zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg

Registrierungsnummer: 08-A5953-42

Postanschrift: Philipp-Reis-Str. 2

Stadt: Fellbach

Postleitzahl: 70736

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@lbv.bwl.de

Telefon: +49711 3426-2437

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 657b634d-9dac-4818-885a-26d2fa02c60a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 28/02/2024 11:53:28 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 125307-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 43/2024

Datum der Veröffentlichung: 29/02/2024